

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Carl Föhrers Erben (Inh. J. W. Mohr) Pulsnitz
Verkaufsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Telefon: 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz u.
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen, hat der Bezücker
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pfl: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl; amtlich 1 mm
30 Pfl und 24 Pfl; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von C. F. Föhrers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 246

Dienstag, den 21. Oktober 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, den 23. Oktober 1930, abends 1/8 Uhr
im großen Sitzungssaale des Rathauses.

Tagesordnung: I. Kenntnisnahmen. II. Beratungen und Beschlussfassungen: 1) Wahl
von Schulausschussmitgliedern in den Verbandsberufsschulausschuss. 2) Wahl eines
weiteren beratenden Mitgliedes in den Schulzahnpflegeausschuss. 3) Mittelbewilligung
für die Tiefbohrung des neuen Brunnens an der äußeren Schiefstraße von 70 bis
75 Meter. 4) Evtl. Anstellung einer 2. Hebamme betr. 5) Sacharbeiten am Holzhaus
betr. 6) Versicherung der Bauverwaltung. III. Evtl. Anfragen und Anträge.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Pulsnitz, den 20. Oktober 1930.

Karl Zimmermann, Vorsteher

Freitag, den 24. Oktober, vormittags 11 Uhr sollen im Restaurant zum Bürger-
garten in Pulsnitz

2 Aktienfränke

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Die Vollstreckungsstelle beim Finanzamt

Mittwoch, den 22. Oktober 1930, vormittags 11 Uhr sollen in Pulsnitz, Restau-
rant zum Bürgergarten:

1 Schreibmaschine (Remington), 2 Schreibpulte, 10 Zentner Roggen,
3 Sack Roggenmehl, 1 Eismaschine, 1 Mädelmaschine, 1 Kübel
Backfett, 10 Büchsen Konserven, 1 Klavier, ca. 100 000 Meter
Gurtband

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 21. Oktober 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Young-Ausprache im Auswärtigen Ausschuss

Vorläufige Antwort Seldte an Hervé — Mac Fadden (England) für sofortige Herabsetzung der Youngzahlungen
Entscheidendes Bergwerksglück bei Aachen

Im Reichstage trat Montag nachmittag unter dem Vor-
sitz des Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) der Auswärtige Ausschuss
zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung
stand zunächst eine Ausprache über die Genfer Völkerbund-
verhandlungen. Ferner waren die dem Ausschuss überwiesenen
Anträge, die sich mit dem Young-Plan beschäftigen, auf die
Tagesordnung gesetzt worden.

In diesem Zusammenhang ist
die Zusammensetzung des neuen Auswärtigen Ausschusses
von Interesse.

Der Auswärtige Ausschuss hat 28 Mitglieder. Davon ent-
fallen auf die Sozialdemokraten sieben, nämlich die Abgg.
Dr. Breitscheid, Crispian, Dittmann, Dr. Hilferding, Müller-
Franken, Scheidemann und Wels, auf die Nationalsozialisten
sechs, nämlich die Abgg. Ritter von Epp, Dr. Fried, Göring,
Hiel, Graf zu Reventlow und Rosenber, auf die Kommuni-
stischen vier, nämlich die Abgg. Münzenberg, Neumann,
Kemmele und Stoedter, auf das Zentrum drei, nämlich die
Abgg. Dr. Raas, Dr. Marx und Ullrich, auf die Deutschnatio-
nalen zwei, nämlich die Abgg. Frhr. v. Freytagh-Loringhoben
und Dr. Eugenberg, auf die Deutsche Volkspartei einer, näm-
lich Abg. Dauch, auf das Deutsche Landvolk zwei, nämlich die
Abgg. Dr. Gerede und Dr. Wendhausen, auf die Wirtschaftspartei
einer, nämlich Abg. Drewnitz, auf den Christlich-Sozialen
Volksdienst einer, nämlich Graf Westarp, und auf die Bayeri-
sche Volkspartei einer, nämlich Abg. Leicht. Bemerkenswert ist,
daß infolge der Schlüsselung das Landvolk im Auswärtigen
Ausschuss einen Abgeordneten mehr als die Deutsche Volkspartei
hat. Von den 28 Ausschussmitgliedern verfügen die
Regierungsparteien nur über sechs. Rechnet man hierzu die
sieben Sozialdemokraten, dann sind 13 Abgeordnete im Aus-
schuss, die die Außenpolitik der Regierung unterstützen. Diesen
stehen fünfzehn Abgeordnete der Opposition, die also über die
Mehrheit verfügt, gegenüber. Selbst wenn man den Vertreter
des Christlich-Sozialen Volksdienstes, was nicht unbedingt der
Fall ist, zu den Regierungsparteien rechnet, ist das Stimm-
verhältnis 14:14, also Stimmengleichheit. Mit Stimm-
gleichheit gefaßte Beschlüsse gelten als abgelehnt.

Einspruch gegen die Vertagung des Reichstages.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen
Landvolkpartei hat in einer Fraktionsitzung Ein-
spruch gegen die Vertagung des Reichstages erhoben und
beim Reichspräsidenten sofortige Einberufung des
Reichstages gefordert. Gleichzeitig wurde beschlossen, in
persönlicher Ausprache des Vorstandes der Fraktion mit
dem Reichstanzler und dem Reichspräsidenten diesen
Schritt zu begründen. Die Fraktion sieht sich hierzu ins-
besondere dadurch veranlaßt, daß der Reichstag eine Reihe
wichtiger Forderungen der Landwirtschaft zur Behebung der
wachsenden Agarnot unerledigt gelassen hat.

Hierzu wird mitgeteilt: In der Reichstagsfraktion
Deutsches Landvolk herrscht völlige Einmütigkeit in der Be-
urteilung des Kabinetts Brünning, dessen Abhängigkeit von
der Sozialdemokratischen Partei nunmehr erwiesen sei. Die
Fraktion sieht infolge dieser verstärkten Verbindung des
jetzigen Kabinetts mit der Sozialdemokratischen Partei die
Unmöglichkeit der Lösung der außenpolitischen und wirt-
schaftspolitischen Aufgaben im Sinne der Landvolkauffassung.

Die Landvolkpartei bringt daher unter Aufrechterhaltung
ihres Vertrauens gegen Minister Seldte ihre Forderung
nach einer grundsätzlichen Umbildung des Kabinetts unter
Berücksichtigung des Reichstagswahlergebnisses zum Ausdruck.

Vorläufige Antwort an Hervé

Hamburg, 21. Oktober. Auf einer Kundgebung des
Jung-Steelhelms am Montag abend bei Saagebiel sprach
Bundesführer Seldte. Er nahm Bezug auf die Artikel Hervés,
die sich mit dem Stahlhelm beschäftigen und die auch als
eine Auswirkung des Koblenzer Stahlhelmtages zu werten
seien. Seldte erklärte, der Stahlhelm werde sich mit seiner
Antwort nicht beilen, sondern sich diese erst in Ruhe über-
legen. Wenn aber die Welt endlich zur Einsicht komme, dann
sei auch der Stahlhelm bereit, mit dieser Welt zu sprechen.
Dann möge anstelle des Wortes „Proletarier aller Länder
vereint euch!“, das künstliche Wort lauten: „Frontsoldaten
aller Welt, setzt euch zusammen und ordnet diese verquatschte
Erde“ (draufender Beifall). Der Redner kam sodann auf
Preußen zu sprechen. Er betonte, er fordere Preußen vom
roten Marxismus zurück. Hierfür werde ein neues Volks-
begehren vorbereitet. Weiter fordert der Stahlhelm die
Auflösung des preußischen Landtages und eine Personalunion
zwischen dem preußischen Staatspräsidenten und dem Reichs-
präsidenten. Dieser müsse den Auftrag erhalten, Minister
selbst zu berufen oder abzurufen. Man solle auch einmal
Frontsoldaten in das Kabinett berufen, die nicht das M. d. R.
hinter ihrem Namen haben.

Mac Fadden für sofortige Herabsetzung der Youngzahlungen

London, 20. Oktober. Der Abgeordnete Louis Mac
Fadden, der Vorsitzende des Ausschusses des Repräsentant-
hauses für Bank und Währungswesen hat dem Vertreter
der New Yorker „Daily Investment News“ ein Interview
gegeben. In diesem erklärte er, daß Deutschland einer schwe-
ren wirtschaftlichen Krise entgegengehe. Es müsse irgend
etwas getan werden, um die Verhältnisse günstiger zu ge-
stalten. Jetzt sei es Zeit, an diese Frage offen heranzugehen.
Anleihen von ausländischen Banken, die dazu bestimmt wären,
frühere Schulden abzuführen, bedeuteten nichts weiter, als
eine Verzögerung. Ein Moratorium oder eine Herabsetzung
der Youngzahlungen sei sofort notwendig. Da die Alliierten
auf der vollständigen Zahlung der gegenwärtigen Repara-
tionen beständen, so sei der einzige Ausweg, daß die Ver-
einigten Staaten von Amerika eine großzügigere Haltung
zeigten.

Weiter scharfer Rückgang des Trinkbranntweinabfahes.

Die Reichsmonopolverwaltung hat den Ausweis über
das vierte Quartal ihres Geschäftsjahres 1929/30 vorgelegt.
Danach ergibt sich, daß der Trinkbranntweinabfah der Mo-
nopolverwaltung einschließlich des Absatzes der ablieferungs-
freien Brennereien 495 000 Hektoliter betrug, gegenüber
556 000 Hektoliter im Vorjahr. Das bedeutet einen Rückgang
um 40 Prozent.

Das Wichtigste

Am Montag hat der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Washing-
ton die angekündigte Unterredung mit Hoover und Mellon gehabt.
Nach der Besprechung lehnte Dr. Schacht jede Ausprache mit den
Pressvertretern ab.

Die letzten Meldungen aus dem Uberschwemmungsgebiet von Tarr-
agona besagen, daß dort bisher 14 Tote und 20 Schwerverletzte ge-
boren sind. Die furchtbaren Regengüsse hören allmählich auf. Die
Wasserfluten nehmen ab.

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, hat die Regierung des Präsi-
denten Uruburu Strafverfolgung gegen den früheren argentinischen
Präsidenten Frigoyen und das gesamte frühere Kabinett wegen finan-
zieller Mißwirtschaft angeordnet.

Nachrichten aus Kanton zufolge sollen bei einem Brande in Wufshan
650 Chinesen ums Leben gekommen sein. Der Brand entstand in
dem Teehausbezirk der Stadt.

Nach der Vertagung.

Am späten Abend des Sonnabend wurden alle
gegen die Regierung Brünning eingebrachten Miß-
trauensanträge durch Annahme des Antrages zum
Uebergang zur Tagesordnung mit 318 gegen 236
Stimmen abgelehnt.

Der Reichstag hat seine kurze Arbeit bereits mit Wochen-
ende wieder geschlossen, er wurde bis zum 3. Dezember ver-
tagt. Eine hitzige Dauer Sitzung beschloß diese kurze
Tagungsperiode. Es kommt in der parlamentarischen Ge-
schichte nicht oft vor, daß Sonnabend Sitzungen so lange aus-
gedehnt werden wie die letzte am 18. Oktober. Man ist sonst
bemüht, Sonnabends früh Schluß zu machen, damit die
Herrn Reichsboten schnell nach Hause kommen, aber dies-
mal hieß es aushalten. Die Sitzung ging bis in die späte
Nacht und verlief trotz ihrer Dauer nichts an Heftigkeit.

Der Vertagungsbeschluss des Reichstages begegnet in den
Zeitungen der verschiedenen Parteirichtungen auch sehr
verschiedener Aufnahme. Die Blätter der Parteien, die sich
hinter die Regierung stellten, billigen die Beschlüsse. So nennt
die „Germania“, das Blatt des Reichstanzlers Dr. Brünning,
den Ausgang der Sonnabend Sitzung einen einwandfreien
Sieg. Es stellt fest, daß die Notverordnungen, deretwegen der
alte Reichstag der Auflösung verfallen sei, nicht aufgehoben
worden seien. Dadurch, daß das Schuldenabfertigungsgesetz an-
genommen sei, habe die Regierung freie Bahn für eine
geordnete und ausgeglichene Haushaltswirtschaft. Durch die
Vertagung des Reichstages sei der Regierung die Möglichkeit
gegeben, in Ruhe und ohne Störungsversuche ihre Arbeit
zu vollenden. — In der „Bosjischen Zeitung“ schreibt
der frühere Reichsfinanzminister Reinhold: „Diese erste Woche
des Parlaments hat gezeigt, daß die Regierung viel stärker
ist, als es der Abgeordnetenzahl der hinter ihr stehenden
Parteien entspricht. Der Minister nennt es einen „guten
Ausklang für die große Aufgabe, die deutsche Vertrauenskrise
für immer zu beenden und durch die Sanierung der Finanzen
und der Wirtschaft wieder ein festes Fundament zu schaffen.“
Auch das „Berliner Tageblatt“ nennt die Regierung
Brünning den Sieger. Sie könne nun an ihre Reformarbeit
gehen. — In derselben Linie liegen die Äußerungen anderer
demokratischer Blätter, wie des „Berliner Börsen-
Courier“ und der „Berliner Volkszeitung“. Aber auch die
„Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht von einem „ersten bedeutenden Erfolg“ der Regierung
und von einer erfreulichen Stärkung der Autorität.

Die Zeitungen der rechten Parteien, der Parteien also,
die für die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett oder
einzelne Minister stimmten, bedauern den Ausgang der
ersten Sitzungsperiode des Reichstages. Selbst die
„Deutsche Tageszeitung“, der der Landwirtschafts-

